



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

An die Münchner Medien
26. Oktober 2004
Pressemitteilung

Neues im Maulkorbstreit

Grundlage des Antrages auf Erlass einer einstweiligen Verfügung der SWM war die eidesstattliche Versicherung eines Mitarbeiters der SWM, in welcher in Teilen eine Darstellung der Zusammensetzung des Gasumsatzes ausgeführt wird.

Dazu Stadtrat **Marian Offman**:

„Die von mir im gegenständlichen Streit genannten ■ Millionen € habe ich nach bestem Gewissen und Wissen aus den ihr vorliegenden Zahlen errechnet.

Vorgelegen ist der in einer Pressemitteilung von 29.09 2004 genannte Betrag der 7%-igen Erdgaserhöhung und die Erdgasumsatz für 2003 von 524 Millionen €. Mit einfacher Prozentrechnung ergab sich der Betrag von ■ Millionen €. Eine Aufteilung des Gasumsatzes nach München und Umland oder nach Mieter und Gewerbetreibende lag mir in meiner Kontrollfunktion als Stadtrat nicht vor. Die Stadtwerke weigerten sich bisher permanent, uns Stadträten nähere Details mitzuteilen.

Die nun vorgelegte eidesstattliche Versicherung, auf welcher sich der Antrag auf den Erlass der einstweiligen Verfügung stützt, wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet. Jedenfalls ist sie meines Erachtens nicht in Einklang zu bringen mit der in der Pressemitteilung vom 29. September 2004 bekannt gegebenen Erhöhung in Höhe von 7%. In dieser Erklärung des Mitarbeiters der SWM wird für etwa 40 % des Umsatzes (Tarifbereich) ein Erhöhung von 7% genannt. Insbesondere sind dieses Wohnungen und Kleingewerbebetriebe. Dann gibt es einen erheblich kleineren Umsatzbereich mit 10 % Erhöhung und etwa 30% des Umsatzes mit nur 1,4 % Steigerung (Wohnhäuser u. Gewerbe) im Gaspreis. Hinsichtlich Umsatzrestes von ca. 25 % macht der Mitarbeiter der SWM keine Aussagen hinsichtlich Preiserhöhung und Abnehmer.

Die Zahlen legen den Schluss nahe, dass die Tarifierhöhung offensichtlich auf dem Rücken der Tarifvertragskunden, also überwiegend zu Lasten der typischen Mieter- und Mieterinnenhaushalten erfolgt ist. Und dieses war auch in der Tendenz die Aussage der monierten Pressemitteilung, dass nämlich den Mieterinnen und Mietern ein hoher Betrag aus der Tasche gezogen würde.



Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

In übrigen zielt die Pressemitteilung nicht nur auf die Frage, wie viel abgezockt wurde, sondern auf den Vorwurf, dass die SWM infolge der Gaspreiserhöhung durch die Ruhrgas AG kräftig zugeschlagen haben. Bei einer Preiserhöhung durch Ruhrgas AG von 4% nutzten die SWM die Gunst der Stunde und erhöhten bei Tarifikunden um 7% und bei Haushaltssonderkunden sogar um 10 %. Ein Unternehmen der Landeshauptstadt München übt sich in Gewinnmaximierung. Und dieses ist der Sachverhalt, der von mir als Stadtrat zu kritisieren ist.

Mit der Aufforderung zur Abgabe einer Unterlassungserklärung und der Aufforderung zur Zahlung einer Anwaltsrechnung von über 2000 € versuchten die SWM einen kritischen Stadtrat zum Schweigen zu bringen.

Im Raum steht nun nicht mehr allein die Frage nach der Höhe einer Gaspreiserhöhung, sondern auch die grundsätzlichen Fragen, ob ein Stadtrat die Geschäftspolitik der stadteigenen Unternehmen noch kritisieren darf. Es stellt sich die Frage, ob die SWM und möglicherweise bald auch andere Unternehmen der Landeshauptstadt sich künftig in einen kritikfreien Raum verabschieden dürfen.

Dass wir uns in der gegenwärtigen Phase des Maulkorbstreites in einer die Demokratie schädigenden Situation befinden, hat offensichtlich auch Oberbürgermeister Christian Ude erkannt. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates ist es an ihm, nicht nur die Fragwürdigkeit des Vorgehens des leitenden Geschäftsführer der SWM zu unterstreichen, sondern diesen endlich in seine Schranken zu verweisen. Für die SWM gilt nicht die Maxime der Gewinnmaximierung, sondern die Maxime einer sozialverträglichen Energieversorgung der Bürgerinnen und Bürger dieser Landeshauptstadt.

Die Einschüchterungsversuche gegen einen gewählten Stadtrat können nicht hingenommen werden. Deshalb werde ich mit einstimmiger Unterstützung der CSU - Fraktion auch gegebenenfalls unter Einsatz eigener Mittel den Streit bis in die höchsten Instanzen führen. Dieses bin ich meinem Wählerauftrag und meinem Demokratieverständnis schuldig.“